

Politische und gesellschaftliche Partizipation

10.1 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

Die vergangenen Jahre haben die Menschen vor eine Reihe von Herausforderungen gestellt. In einer Situation gewachsener Unsicherheit – unter anderem verursacht durch die Coronapandemie, den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden Fragen der Energieversorgung und Preissteigerungen oder die Verschärfung des Nahostkonflikts nach dem Angriff der Hamas auf Israel – werden politische Integration und politischer Zusammenhalt noch wichtiger. Doch auch in normalen Zeiten ist die Frage der politischen Integration und der sozialen Teilhabe in einer sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland für den Zusammenhalt und Erhalt der Demokratie zentral. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf sich die Bürgerinnen und Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbringen und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln«

anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Demokratie braucht Beteiligung, und Beteiligung ohne zivilgesellschaftliche Akteure ist kaum denkbar. Wie viel Beteiligung nötig ist, bleibt eine offene Frage. Die Unterschiede bei politischer Beteiligung und der Stärke der Zivilgesellschaft zwischen den demokratischen Gesellschaften zeigen, dass es keine eindeutige empirische Messlatte dafür gibt. Wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß an politischer Integration und Partizipation zurückfällt, kann dies jedoch als ein Warnsignal für die Demokratie gedeutet werden. Ebenso können große soziale und regionale Unterschiede in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration in die Politik nicht gelingt. Treten soziale Disparitäten in der Beteiligung auf, ist ein Grundprinzip der Demokratie, das der politischen Gleichheit, verletzt.

Die Debatten über die »Mitgliederkrise« von Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, über Politik- und Parteienverdrossenheit sowie über sozial bedingte politische Ungleichheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik heute weniger politisch beteiligen

als früher und ob sich Unterschiede zwischen sozialen, demografischen oder regionalen Gruppen ergeben. Sozial induzierte Ungleichheit in der politischen Teilhabe ist in den vergangenen Jahren zunehmend in der Diskussion. In demografischer Hinsicht ist insbesondere der Blick auf jüngere Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Zudem stellt sich selbst fast drei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise politisch integriert sind und einen ähnlich starken Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden wie jene im früheren Bundesgebiet.

10.1.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Politik ist ein wichtiger Gradmesser dafür, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen,

das heißt, ob Politik für die Bürgerinnen und Bürger wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls dafür zu engagieren. Das politische Interesse wird durch die Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

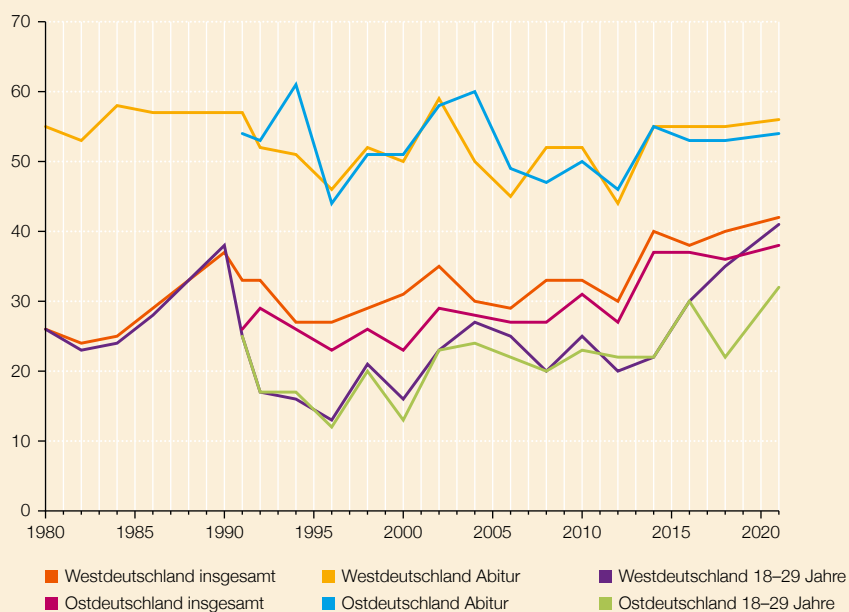
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung 1990 war er im früheren Bundesgebiet am höchsten und sank dann wieder ab. Allerdings lag das Niveau weiterhin höher als Anfang der 1980er-Jahre. Das politische Interesse stieg in den vergangenen Jahren insgesamt wieder deutlich, sodass es 2014 den Stand von 1990 erstmals wieder übertraf und sich bis 2021 weiterhin ein leichter Anstieg verzeichnen lässt. Das politische

Interesse war im früheren Bundesgebiet 2021 etwa 5 Prozentpunkte höher als zu seinem letzten Höhepunkt 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18 % stark oder sogar sehr stark an Politik interessiert, 2021 waren es in Westdeutschland 42 %. In Ostdeutschland waren die Bürgerinnen und Bürger bis etwa 2010 etwas weniger politisch interessiert als in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2010 wurde dieser Unterschied sehr klein. ▶ Abb 1

Die deutlichen Unterschiede beim Interesse an der Politik zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern, die sich nach der Vereinigung 1990 etablierten, sind in Ostdeutschland aber noch sichtbar. Unter den 18- bis 29-jährigen Ostdeutschen lag das politische Interesse 6 Prozentpunkte unter dem des Durchschnitts der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger. Vor 1990 interessierten sich Jüngere im damaligen Bundesgebiet nur geringfügig weniger für Politik. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2021 lag der Anteil der 18- bis 29-Jährigen, die sich für Politik interessierten, im früheren Bundesgebiet 10 Prozentpunkte und in den neuen Bundesländern 8 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt. In Westdeutschland ist dieser Unterschied 2021 verschwunden.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist jene zwischen Personen mit Abitur und dem Bevölkerungsdurchschnitt. Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur betrug der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessierten, 2021 im früheren Bundesgebiet 56 % und in den neuen Bundesländern 54 %. Damit lagen Personen mit Abitur im Westen etwa 14 und im Osten etwa 16 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das politische Interesse ist also deutlich durch Alters- und Bildungsunterschiede geprägt, wohingegen regionale

▶ Abb 1 Politisches Interesse in der Bundesrepublik — in Prozent



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet.
Datenbasis: ALLBUS 1980–2021

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kaum festzustellen sind. Zugleich schwankten die Unterschiede im politischen Interesse zwischen der Gesamtbevölkerung und Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur im Zeitverlauf. Die Differenz lag im Schnitt bei etwa 20 Prozentpunkten. Ein Trend lässt sich dabei aber nicht feststellen. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Unterschiede im politischen Interesse ist seit der ersten Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1980 also nicht festzustellen. Auch die Coronapandemie hat am Ausmaß politischen Interesses nichts geändert.

Politisches Interesse ist sicherlich förderlich für politische Beteiligung. Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben institutionalisierten Formen der Beteiligung wie der Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter politischer Beteiligung wie die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen (siehe dazu auch Kapitel 10.4, Seite 367). Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang wurde von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien nicht institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung etablierten.

Die Anteile derjenigen, die angaben, in den zurückliegenden zwölf Monaten an den beiden häufigsten Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, waren in den 1990er-Jahren recht stabil. Seit der Jahrtausendwende zeigt sich in Ost- wie in Westdeutschland eine mehr oder minder als Trend verlaufende Zunahme von Kon-

takten zu Politikerinnen und Politikern, sowie, noch deutlicher, der Mitarbeit in einer Organisation oder einem Verein. In Westdeutschland verzeichnet auch die Beteiligung an Unterschriftensammlungen einen klaren Trend nach oben. Die Pandemiejahre ab 2020 haben diesen Trend allerdings gebrochen. Die Eingrenzung der Bewegungsfreiheit und Einschränkung von Kontakten ließen weniger Möglichkeiten für kollektive Aktionen. In allen Beteiligungsformen mit Ausnahme von Demonstrationsteilnahmen und der Parteilarbeit hat es deutliche Einbrüche in den Beteiligungsanteilen gegeben. ► Abb 2

Bei Politikerkontakten gab es deutliche Einbrüche, die in beiden Landesteilen gleich stark waren. 2018 gaben 19 % in Ost- und 20 % in Westdeutschland an, Kontakt zu Politikerinnen und Politikern gehabt zu haben, 2020 dann 12 beziehungsweise 13 %. Relative Konstanz gab es bei den Demonstrationsteilnahmen (2020: 7 % im Osten, 8 % im Westen) und der Parteilarbeit (2020: 6 % im Osten,

7 % im Westen). Etwas größer sind die Unterschiede bei Unterschriftensammlungen (Westdeutschland: 23 %, Ostdeutschland: 20 %) – jeweils ein Rückgang von etwa 16 Prozentpunkten gegenüber 2018 – und bei der Arbeit in Vereinen und Organisationen (Westdeutschland: 24 %, Ostdeutschland: 16 %), ebenfalls in beiden Teilen Deutschlands mit deutlichen Rückgängen.

Werden die Werte zwischen Ost und West, zwischen Menschen mit und ohne Hochschulabschluss sowie zwischen Jüngeren und Älteren für das Jahr 2020 verglichen, sind die regionalen Unterschiede am geringsten und nahezu vernachlässigbar. Die politische Integration und Teilhabe sind in den neuen Bundesländern und im früheren Bundesgebiet fast gleich hoch ausgeprägt. Dasselbe lässt sich allerdings nicht für die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen sagen. Hier zeigt sich bei allen Formen der Beteiligung eine sehr viel stärkere Beteiligung von Menschen mit Hochschulabschluss. 2020



lag die Beteiligungsquote der Bürgerinnen und Bürger mit einem Hochschulabschluss bei Unterschriftensammlungen 17 Prozentpunkte, bei der Arbeit in Vereinen und Organisationen 10 Prozentpunkte, bei Kontakten zu Politikerinnen und Politikern 9 Prozentpunkte und bei Parteiarbeit sowie Demonstrationen etwa 8 Prozentpunkte höher als bei denjenigen ohne Hochschulabschluss. ► Abb 3

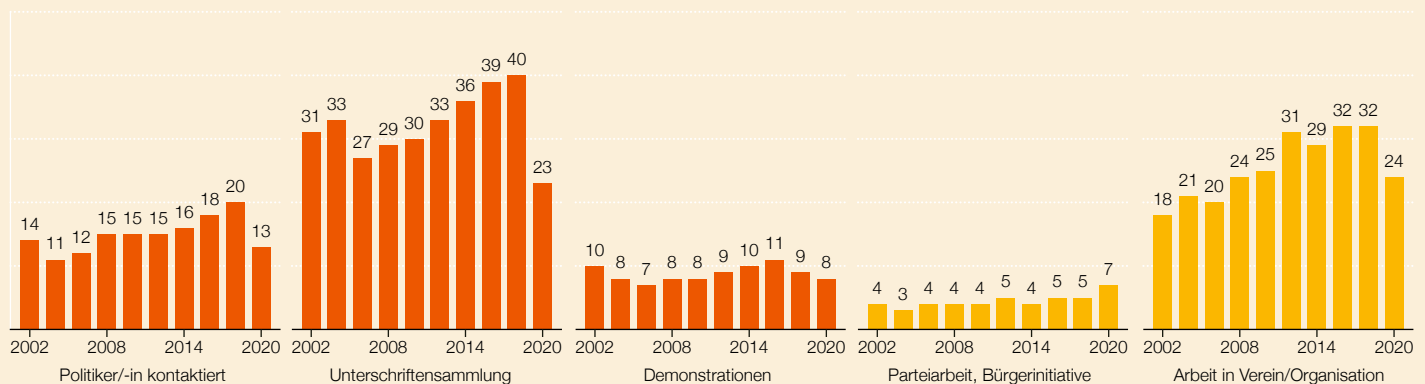
Der Vergleich zwischen jüngeren Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 18 bis 29 Jahren und Älteren ab 30 Jahren zeigt, dass es über die verschiedenen Formen der Beteiligung hinweg keinen allge-

meinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen gibt. Es sind nicht immer die Jüngeren, die sich stärker beteiligen, vielmehr kommt es auf die Art der Beteiligung an. Demonstrationen als Mittel der Beteiligung wurden 2020 von 16 % der Jüngeren genutzt, aber nur von 6 % der Älteren, und auch bei der Unterschriftensammlung war die Beteiligung der Jüngeren deutlich höher. Bei anderen Beteiligungsformen gab es nur geringe Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren. Personen im Alter von 30 Jahren und älter haben etwas häufiger Politikerinnen und Politiker kontaktiert.

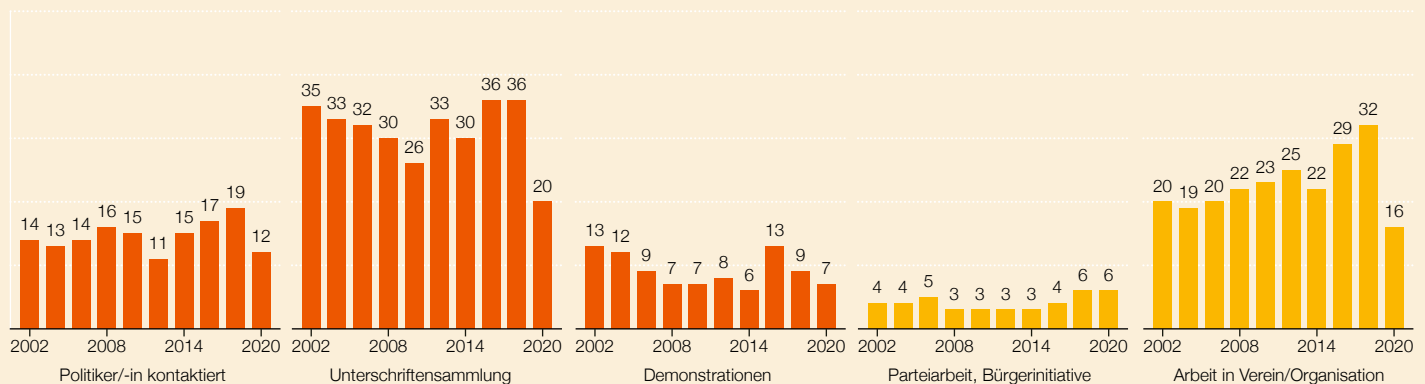
Was die Ausgeglichenheit der politischen Integration und politischen Teilhabe angeht, ergibt sich damit insgesamt ein gemischtes Bild. Die großen Unterschiede zwischen Ost und West sind verschwunden, auch die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren verweisen nicht auf Defizite politischer Integration. Anders zu beurteilen ist das Gefälle in der Beteiligung von Menschen mit und ohne Hochschulbildung. Hier zeigen sich über alle Beteiligungsformen hinweg systematische Unterschiede, die als sozial induzierte politische Ungleichheit zu bewerten sind.

► Abb 2 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung – in Prozent

Westdeutschland



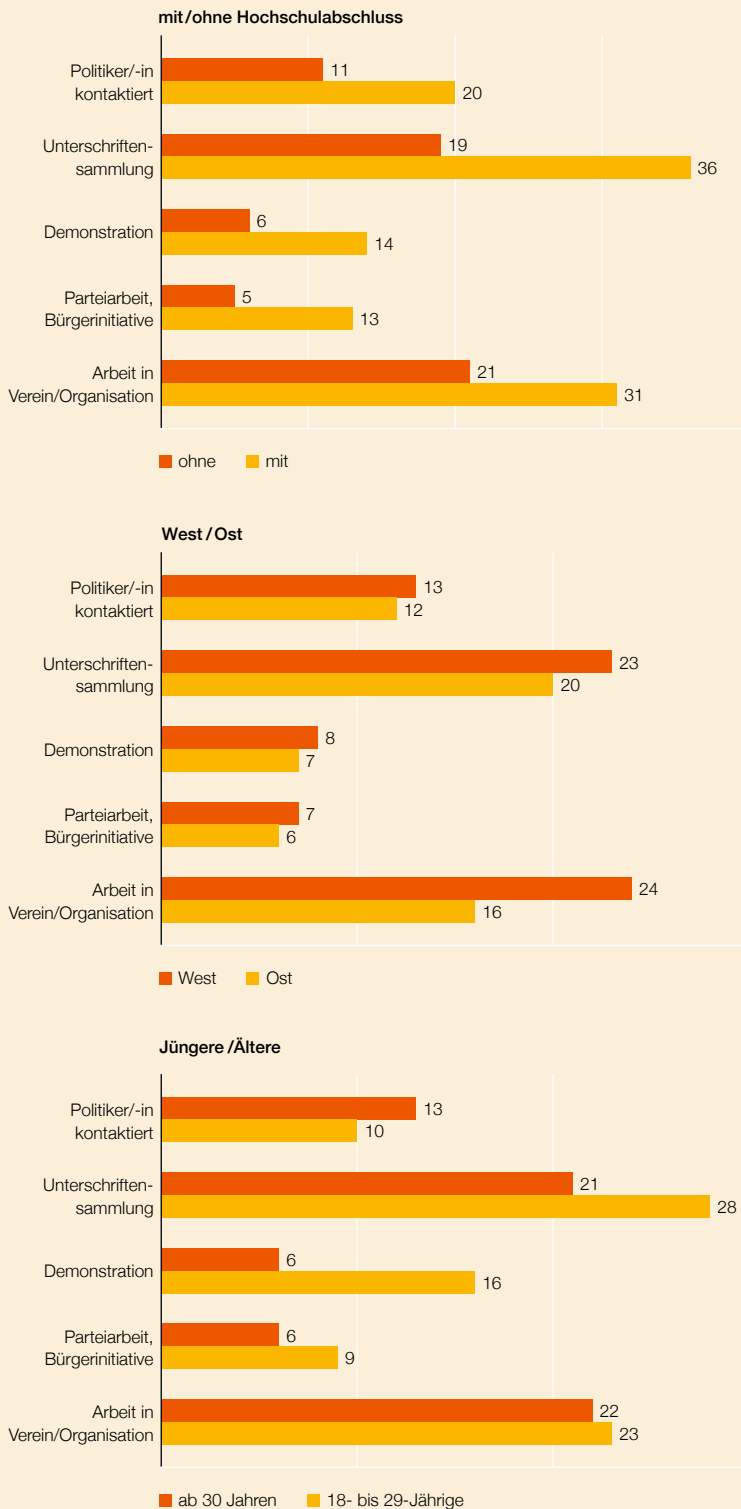
Ostdeutschland



■ nicht institutionalisierte Beteiligung ■ organisatorische Beteiligung

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 1–10 (2002–2020)

► **Abb 3 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung nach Bildung, Region und Alter 2020 — in Prozent**



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 10, 2020

10.1.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem die Bürgerinnen und Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, die für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Nehmen die Mitgliedschaften jedoch in großem Umfang über viele Organisationen hinweg ab, weist dies darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Westdeutschland durch einen recht hohen Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Jüngere Daten für 2010, 2014 und 2018 sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht mit früheren

► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen — in Prozent

	Deutschland insgesamt						Westdeutschland						Ostdeutschland					
	nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹		
	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018
Arbeit und Wirtschaft ²																		
Gewerkschaften	13	13	12	.	.	.	13	14	12	.	.	.	11	9	11	.	.	.
Politisch oder wertgebunden ²																		
politische Parteien	4	5	4	.	.	.	4	5	5	.	.	.	3	2	2	.	.	.
Menschenrechtsorganisationen	1	2	2	0	1	1	1	2	2	0	1	1	0	1	1	0	1	0
Naturschutzorganisationen	5	7	6	2	3	3	5	8	6	2	3	3	2	3	3	2	3	2
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	2	1	0	0	1	1	1	1
Wohltätigkeitsvereine	6	7	6	5	7	6	6	8	7	5	8	7	3	3	3	3	4	2
Elternorganisationen	1	1	1	3	4	4	1	1	1	3	4	4	1	1	1	2	4	2
Selbsthilfe/Gesundheit	2	2	3	3	3	3	2	2	3	3	3	3	1	2	1	3	3	2
Rentner-, Seniorenvereine	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	2	1	1	1	0	2	2	1
Freizeit																		
Kultur-, Musikvereine	4	4	5	9	8	10	4	5	6	10	9	11	1	1	1	6	7	6
Sportvereine	8	10	10	24	23	26	9	11	11	25	24	27	4	3	5	18	20	19
sonstige Hobbyvereine	2	2	2	8	9	8	3	3	2	9	9	8	2	1	1	8	8	5
Mindestens einmal Mitglied																		
alle gelisteten Organisationen ³	59	61	62	.	.	.	61	64	66	.	.	.	50	48	47	.	.	.
nur Interessengruppen ^{2, 3}	34	39	37	.	.	.	36	42	39	.	.	.	27	29	25	.	.	.
- im Vergleich: Jüngere (18–29 Jahre)	21	27	30	.	.	.	21	28	32	.	.	.	18	17	18	.	.	.
- im Vergleich: mit Hochschulabschluss	47	50	47	.	.	.	48	51	50	.	.	.	43	47	32	.	.	.
Freizeitorganisationen ³	44	44	47	.	.	.	47	46	50	.	.	.	33	33	33	.	.	.

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
 1 In »nur Mitglied« sind aktive und ehrenamtliche Mitgliedschaft nicht enthalten. Daten ergeben, wo erfasst, in der Summe den Mitgliedschaftsanteil.
 2 Als Interessengruppen gelten Organisationen aus den Kategorien »Arbeit und Wirtschaft« sowie »politisch oder wertgebunden«.
 3 Zahlen für alle Mitgliedschaften: passives, aktives Mitglied oder Ehrenamt.
 . Nicht erhoben.
 Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980–2018; nur Jahre mit Mitgliedschaftsdaten

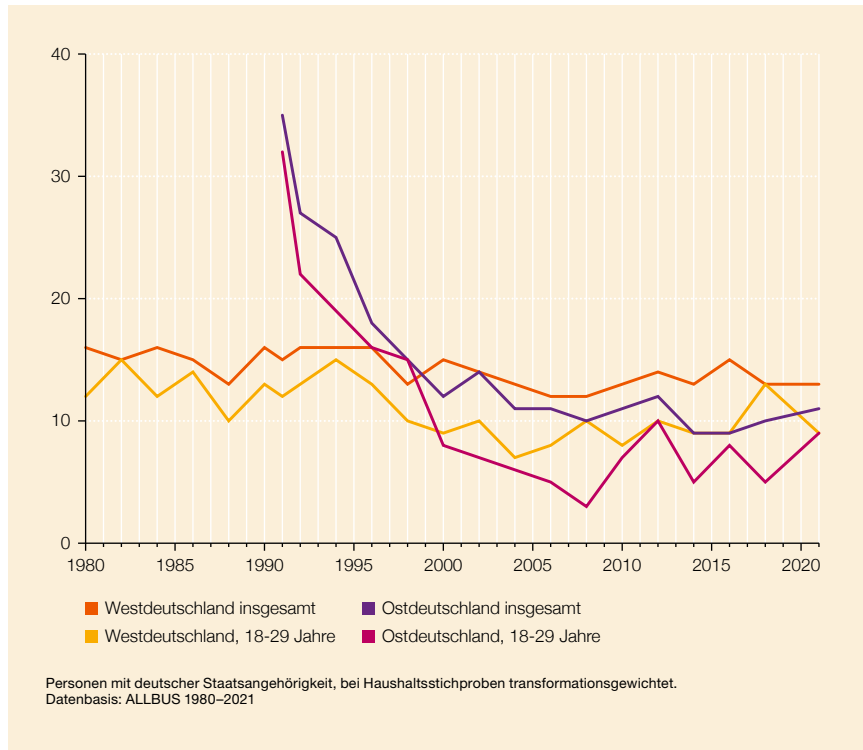
Daten vergleichbar und erlauben daher keine Schlussfolgerungen über die langfristige Mitgliederentwicklung. Es gibt aber Hinweise, die vermuten lassen, dass der gesellschaftliche Organisationsgrad, also der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit mindestens einer Mitgliedschaft in Ostdeutschland zurückgegangen und in Westdeutschland angestiegen ist. Für die politische Integration ist die Mitgliedschaft in Interessengruppen zentral. Hier gibt es ein Auf und Ab zwischen den drei Zeitpunkten, was eher für Stabilität – bei einem deutlich niedrigeren Niveau in Ostdeutschland – spricht. Gleiches trifft für den Bereich der Freizeitorganisationen zu. ► Tab 1

Im Altersvergleich weichen die Jüngeren hinsichtlich ihrer Mitgliedschaftsanteile in Interessenorganisationen deutlich nach unten vom Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger ab. Auch nach Bildungsabschluss sind deutliche Differenzen beobachten. Hier ergeben sich deutlich höhere Anteile für Akademikerinnen und Akademiker als für den Bevölkerungsdurchschnitt. Auch bezogen auf Organisationsmitgliedschaften verteilt sich die Teilhabe also ungleich zugunsten der Bessergebildeten.

Die langfristige Entwicklung der Mitgliedschaften der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lässt sich aufgrund veränderter Frageformate in den ALLBUS-

Studien zwar nicht über alle Organisationsbereiche hinweg beurteilen. Allerdings ist eine solche Beurteilung hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaften möglich. Der massive Rückgang von Gewerkschaftsmitgliedern in den neuen Bundesländern in den Jahren 1992 bis 1998 schwächte sich zwar in den Folgejahren deutlich ab, setzte sich aber dennoch bis etwa 2008 fort. Seitdem scheint sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad der erwachsenen Bevölkerung mit leichten Schwankungen auf gleichem Niveau zu halten. Die Anfang der 1990er-Jahre noch stark ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost und West im durchschnittlichen Organisationsgrad sind fast ver-

► Abb 4 Gewerkschaftsmitgliedschaft – in Prozent



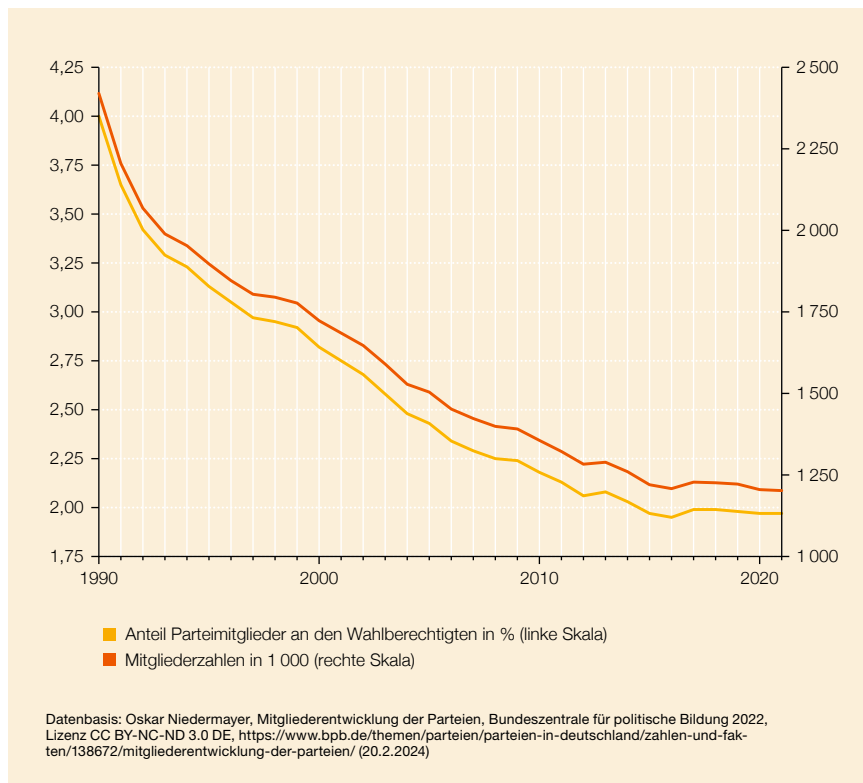
schwunden. Auch die große Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt der Bevölkerung, der in Westdeutschland besonders deutlich in den Jahren 2000, 2004 und 2016 und in Ostdeutschland besonders in den Jahren 2002 und 2008 zu beobachten war, hat sich verringert. Bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften zeigen sich zwar keine deutlichen regionalen, sozialen oder demografischen Ungleichheiten mehr. Die Integrationskraft hat aber dennoch nachgelassen, insbesondere, wenn die ostdeutsche Entwicklung betrachtet wird. ► Abb 4

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien verzeichnet sogar eine noch dramatischere Entwicklung. Die starken Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der Vereinigung fallen im Vergleich zu denen der politischen Parteien noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass diese innerhalb von zweieinhalb Jahrzehnten rund eine Million und damit etwa 40 % ihrer Mitglieder verloren haben. Während 1990 noch knapp 4 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert waren, waren es 2021 nicht einmal mehr 2 %. ► Abb 5

Nimmt man alle Interessenorganisationen einschließlich Gewerkschaften und politischer Parteien zusammen, sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und -vermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

Dazu gegenläufig entwickelt sich hingegen der Anteil freiwillig engagierter Personen (siehe Kapitel 10.3, Seite 358). Nach dem Freiwilligensurvey – einer repräsentativen Umfrage, die seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird – ist das freiwillige Engagement in den vergangenen zwei Jahrzehnten signifikant

► Abb 5 Parteimitgliedschaft



gestiegen und die Ost-West-Unterschiede sind kleiner geworden. Die größten Anteile freiwillig engagierter Personen finden sich in den Bereichen Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie Soziales. Die Anteile in den Bereichen der Politik und Interessenvertretung sind demgegenüber sehr gering.

10.1.3 Fazit

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, organisatorischen Formen der Beteiligung, allen voran Mitgliedschaften in Gewerkschaften und politischen Parteien, in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Allerdings entwickelt sich der Anteil freiwillig engagierter Personen vor allem im Freizeitbereich positiv. Dennoch verlieren Interessengruppen und Parteien an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Das politische Interesse erreichte 2021 in Ost- und Westdeutschland sogar einen Höchststand. Dass die Unterschiede zwischen neuen Bundesländern und früherem Bundesgebiet ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung sich vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Ein negativer Befund ist allerdings, dass Teilhabe und Integration in Organisationen und Aktionsformen stark

sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen Personen ohne und mit Hochschulabschluss. Zusammengefasst mit dem Befund, dass traditionelle institutionalisierte Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat, bleibt es ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft. Durch die Coronapandemie sind viele gemeinnützige Einrichtungen, Vereine und Interessenorganisationen in eine Notlage geraten. Dass die Zivilgesellschaft geschwächt aus dieser Krise hervorgegangen ist, lässt sich am Rückgang des Engagements in den Jahren 2020/21 ablesen. Allerdings ist das alles Voraussicht nach vorübergehend. Im Freizeitbereich haben sich die Rückgänge in den Mitgliederzahlen bereits wieder erholt, wie jüngste Zahlen zeigen.

Da Vereine und Organisationen die Lernzellen für die politische Beteiligung sind, weil dort in unmittelbaren Gruppenzusammenhängen Interessen formuliert und für die Artikulation aufbereitet werden, ist der Rückgang von Mitgliedschaften in den traditionellen Verbänden und Organisationen nicht unproblematisch. Ob nicht institutionalisierte Formen der Beteiligung, vor allem wenn sie einen individualistischen Zug haben, das Defizit kollektiver Interessenvermittlung durch geschwächte Organisationen der Zivilgesellschaft werden kompensieren können, ist fraglich.